



Erwin Teufel

4. September 1939. Deutscher Politiker. Geboren in Rottweil, dort Schulbesuch (Abitur) mit anschließendem Besuch der Verwaltungsschule in Haigerloch. Aktiv in der katholischen Jugendarbeit. 1961 Diplom-Verwaltungswirt (FH). Bis 1964 in lokalen Ämtern, bis 1972 Bürgermeister der Stadt Spaichingen. Seither Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg. 1972–1978 Staatssekretär in verschiedenen Ministerien. 1978–1991 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Seit Januar 1991 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg. Gleichzeitig CDU-Landesvorsitzender und ab 1992 Stellvertretender Vorsitzender der Bundespartei. Gilt im „Musterlände“ als bodenständiger „Politiker der leisen Töne“.

Erwin Teufel

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

„Aufbruch aus der Krise – Gemeinsame Herausforderung für Politik und Wirtschaft“

Ich bedanke mich für die freundliche Einladung in den Übersee-Club und für die freundliche Einführung. Es ist für mich nicht nur eine Freude, sondern auch eine Ehre, vor diesem Club zu sprechen. Ich habe mich etwas mit Ihrer Geschichte beschäftigt und stehe in Hochachtung vor den Persönlichkeiten, die den Übersee-Club schon vor Jahrzehnten gegründet haben, die ihn am Beginn des Nationalsozialismus manhaft aufgelöst haben, die diese Zeit ehrenvoll bestanden und die diesen Club unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wiedergegründet haben, der in vielfältiger Weise auf die Entwicklung dieser Stadt guten Einfluss genommen hat.

Mit Hamburg verbindet uns, dass es über viele Jahre drei Bundesländer gibt, die den Länderfinanzausgleich allein bestritten haben, nämlich Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg – in umgekehrter Reihenfolge.

Leider sind wir nicht mehr in dieser Situation. Wir zahlen zwar immer noch – und in beachtlicher Höhe – Länderfinanzausgleich, aber wir haben es auch in unserem Land mit einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise zu tun.

Es reizt mich natürlich, vor dem Thema ein paar Sätze zu dem zu sagen, was Sie einleitend über die derzeitige Situation in dieser Stadt geäußert haben. Sie unterscheidet sich ja wenig von den Ergebnissen der letzten zehn Landtagswahlen. In allen Bundesländern – also auch bei uns – hatten die regierenden Parteien und in der Regel auch die stärkste Oppositionspartei vergleichbare Verluste. Was kann man in einer solchen Situation tun? Helmut Schmidt schreibt in seinem jüngsten Buch: „Ein Land muss in einer solchen Situation aus der Mitte heraus regiert werden.“

Das ist auch meine Überzeugung. Parteien sind kein Selbstzweck. Parteien haben eine dienende Funktion. Parteien sind nicht die erste Priorität. Parteien haben ein Wahlergebnis zur Kenntnis zu nehmen, haben sich mit dem Wahlergebnis zu beschäftigen und dem Land eine möglichst stabile Regierung zu geben.

Koalitionen sind keine Heiraten, Liebesheiraten schon gar nicht, sondern Koalitionen macht man, um dem Land eine stabile Regierung zu geben. Das ist die erste Aufgabe. An der Spitze der Werteskala steht das Gemeinwesen, für das wir gewählt sind, erst an der zweiten Stelle steht die Partei, und an der dritten Stelle stehen die persönlichen Interessen. Man muss also persönliche Interessen Parteiinteressen hintanstellen, und man muss Parteiinteressen der Staatsräson hintanstellen.

Das ist nach meiner Meinung die Priorität, an die man sich halten muss.

Ich bin kein Freund von Großen Koalitionen. Ich wollte keine machen. Ich halte sie nicht für einen Idealfall. Sie führen in der Regel zu einem Ausfransen der Ränder – in der derzeitigen Situation keine besonders schöne Aussicht. Aber es gibt Situationen, in denen es überhaupt keine andere Möglichkeit gibt als eine Große Koalition – im Interesse des Gemeinwesens. Das ist meine bescheidene Meinung, ohne dass ich mich in die inneren Angelegenheiten dieser Stadt einmischen möchte.

Meine Damen und Herren! Das schwierigste Problem, vor dem wir derzeit in der Bundesrepublik und in ganz Europa stehen, das ist die wirtschaftliche Krise. Nun habe ich, wenn ich Persönlichkeiten der Wirtschaft, von denen ich manche seit Jahren kenne und schätze, hier sitzen sehe, ihnen nicht zu sagen, welches die richtigen Therapien seien in dieser Situation. Ich will versuchen, zunächst einmal sauber zu analysieren, weil ich glaube, dass eine richtige Analyse die Grundlage für die richtige Therapie ist. Wir haben es nach meiner Meinung in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise mit drei unterschiedlichen Sachverhalten zu tun, auch wenn sie miteinander zusammen-

hängen. Wir haben zum Ersten eine konjunkturelle Krise. Wir haben zum Zweiten – immer stärker sichtbar werdend und die konjunkturelle Krise überlagernd – eine strukturelle Krise. Und wir haben, drittens, in unserem Land das Sonderproblem der Beseitigung der Folgen von über vierzig Jahren deutscher Teilung.

Die erste ist die Konjunkturelle Krise. Sie hat drei Ursachen: Die erste: eine seit mehreren Jahren anhaltende weltweite Nachfrageschwäche bei allen unseren Haupthandelspartnern. Dieser Einfluss ist bei uns deshalb am spätesten sichtbar geworden, weil durch eine verstärkte Binnenkonjunktur nach der Wiedervereinigung Deutschlands zwei Jahre lang die Nachfrageschwäche aus dem Ausland überlagert worden ist. Jetzt aber hat die Situation, die in allen westlichen Industrieländern schon zwei, drei Jahre älter war, bei uns voll durchgeschlagen. Sie hat natürlich das Land am stärksten getroffen, welches das erste Exportland der Europäischen Gemeinschaft ist: die Bundesrepublik Deutschland. Sie hat leider auch das Land am stärksten getroffen, das innerhalb der Bundesrepublik das stärkste Exportland ist, nämlich Baden-Württemberg, und zwar in allen unseren Kernbranchen: im Maschinenbau, in der Kraftfahrzeugindustrie mit Tausenden von Zulieferbetrieben, in der Elektrotechnik.

Die zweite: eine faktische Aufwertung der D-Mark, zunächst gegenüber dem Dollar, dann gegenüber dem Yen und später gegenüber fast allen anderen europäischen Währungen um bis zu 20 Prozent. Das hat sich in den letzten Monaten gegenüber dem Yen wieder verändert, hat uns aber zwei Jahre lang außerordentlich bedrückt. Mit diesem Außeneinfluss konnte natürlich kein Unternehmen fertig werden: 20 Prozent Verteuerung des Exports.

Die dritte: ein fast vollständiger Zusammenbruch der Ostmarkte. Das hat nicht nur die neuen Bundesländer getroffen – diese vor allem –, sondern ebenso Hamburg und auch Baden-Württemberg.

Obwohl ich zu wenig Fakten habe, um sagen zu können, wir haben die Talsohle erreicht oder gar durchmessen und es gibt wieder Anzeichen für den Aufschwung, möchte ich doch anmerken, dass das Hauptproblem aus meiner Sicht nicht die gegenwärtige Konjunkturelle Krise ist. Das Hauptproblem wird die Strukturkrise sein, die immer stärker sichtbar wird. Die Konjunkturelle Krise wird überwunden werden. Wir werden aus ihr sogar gestärkt hervorgehen. Wir werden in der Wirtschaft, die im Augenblick viele Kostensenkungsmaßnahmen durchführt, einen Produktivitätsschub bekommen, wenn es konjunktuell wieder anzieht. Aber wir werden noch lange mit der Strukturkrise zu tun haben. Die Strukturkrise ist zunächst eine Kostenkrise. Sie ist aber auch – zumindest partiell – eine Technologiekrise.

Sie ist zunächst eine Kostenkrise. In einem Satz, verkürzt natürlich, zusammengefasst: Wir arbeiten zu kurz, zu wenig flexibel, und wir produzieren zu teuer. Wir arbeiten zu kurz: Wir haben die kürzeste Wochenarbeitszeit der Welt, die Gewerkschaften bei uns haben, völlig einseitig und isoliert von anderen Gewerkschaften der Welt, auf eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gesetzt. Wir haben die kürzeste Lebensarbeitszeit, schicken mit allen Tricks zurzeit Sechsundfünfzigjährige in den Vorruhestand. Wir haben dafür die ältesten Studenten der Welt: 28,5 Jahre beim ersten Staatsexamen heute im Durchschnitt, 30,5 Jahre, wenn ein zweites Staatsexamen zu machen ist, 31,5 Jahre Durchschnittsalter bei der Promotion. Ich glaube, dass wir uns dies alles nicht auf die Dauer leisten können. Wir haben mit die höchsten Löhne der Welt. Wir haben absolut die höchsten Lohnzusatzkosten in der ganzen Welt.

Nun möchte ich das aber nicht analysieren und Hoffnung erwecken, als ob an dieser Stelle ein nennenswerter Rückgang möglich wäre. Jeder von Ihnen hat Verbindungen in die Welt. Welches sind die Konkurrenzlöhne, die bezahlt werden? 40 Mark bei uns, 30 Mark in Japan, 26 Mark in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 3 Mark 50 in Malaysia – ich war gerade dort –, 1 Mark 70 in der Tschechischen Republik – und der ganze baden-württembergische Mittelstand zieht dorthin ab. Kürzlich sagte mir bei Tisch ein baden-Württembergischer Unternehmer, der einen Betrieb mit etwa 4000 Beschäftigten in Sankt Petersburg hat, er zahle zur Zeit dort 16 Pfennig Stundenlohn.

Billiglohnländer sind nicht nur Malaysia und Hongkong, sondern Billig-

lohnländer sind heute vor unserer Haustür, sind in zwei, drei Stunden mit dem Auto erreichbar und deshalb hochinteressant für die Verlagerung eines Teiles der Produktion.

Wir produzieren zu teuer: Der ehemalige Chef der Firma Bosch, Herr Dr. Bierich, sagte kürzlich in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“: „30 Prozent teurer als unser Hauptwettbewerber Japan!“ Deswegen sind unsere Unternehmen zur Zeit mit aller Kraftanstrengung dabei, Kosten zu reduzieren. Was mikroökonomisch vernünftig ist, auf den einzelnen Betrieb bezogen, bis hin zur Einsparung von Arbeitskräften, ist makroökonomisch eine Katastrophe: Die Arbeitslosen werden vor der Tür des Staates abgelegt, eine ständig zunehmende Arbeitslosenzahl.

Was können wir tun? Ich glaube nicht, dass wir unsere Löhne so reduzieren können, dass wir wieder mit Billiglohnländern konkurrenzfähig wären, obwohl ich selbstverständlich der Meinung bin, dass in den nächsten Tarifrunden, und zwar auf einige Jahre hinaus, in unserem Land nichts zu verteilen sein wird.

Ich glaube, es wäre jeder ein Scharlatan, der sagen würde, dass wir die Lohnzusatzkosten in unserem Land nennenswert senken können. Sie sind zu über 50 Prozent in Tarifverträgen festgelegt, zu unter 50 Prozent beruhen sie auf staatlicher Gesetzgebung. Was auf staatlicher Gesetzgebung beruht, ist die Krankenversicherung. Glaubt jemand, dass in einer Zeit zunehmender Pflegekosten, Transplantationsmedizin, Apparatemedizin die Beiträge zur Krankenversicherung nennenswert zurückgehen? Glaubt jemand, dass die Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg angesichts einer Massenarbeitslosigkeit, wie wir sie haben, in absehbarer Zeit zurückgehen? Glaubt jemand, dass wir angesichts der heutigen demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren mit zurückgehenden Beiträgen zur Rentenversicherung rechnen können? Das kann doch wohl niemand sagen.

Also glaube ich, dass man an diesem Punkt nicht mit einer nennenswerten Reduzierung der Kosten rechnen kann. Gleichwohl muss man sich in diesen Bereichen anstrengen, damit wir nicht weitere exponentielle Steigerungen haben.

Bleibt die Arbeitszeit: Ich glaube nicht, dass sie sakrosankt sein und bleiben sollte.

Bleiben Maschinenlaufzeiten: Wir waren bis vor wenigen Monaten an zweitletzter Stelle in Europa. Nur Portugal hatte noch kürzere Maschinenlaufzeiten. Inzwischen hat uns Portugal abgehängt. Wir liegen an der letzten Stelle.

Arbeitszeitordnung, Unternehmensbesteuerung: Ich halte eine Unternehmenssteuerreform, wie sie durchgeführt worden ist, für zwingend nötig. Wir müssen sie in Stufen fortsetzen. Wir müssen auf vergleichbare Spitzensteuersätze kommen mit den Ländern, mit denen unsere Wirtschaft konkurriert.

Die ganze Anstrengung muss also auf Kostenreduzierung gehen. Auf einem globalen Markt sind wir nur wettbewerbsfähig, wenn wir so günstig sind wie andere. Für deutsche Qualitätsarbeit ist lange mehr bezahlt worden, das ist heute auch noch so, aber nicht 30 Prozent mehr. Das ist völlig ausgeschlossen.

Ich sehe die Gefahr, dass unsere Wirtschaft zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben wird. Der eine Mühlstein sind Billiglohnländer, der andere Mühlstein sind Hochtechnologieländer und Hochtechnologien, in denen wir nicht mehr mithalten können. Die Strukturkrise wird bei uns vor allem als eine Kostenkrise definiert. Das ist sie auch zuerst, aber sie ist nicht nur eine Kostenkrise, sie ist auch, zumindest partiell, eine Technologiekrise.

Deutsche Waren, Produkte, Dienstleistungen, sind insgesamt gesehen weltmarktfähig, oft weltmarktführend. Es gibt auch auf dem Gebiet der Hochtechnologien sehr viele Bereiche, in denen wir an der Spitze sind. Ich denke an den Fahrzeugbau, ich denke an den Maschinenbau, ich denke an die Chemie, ich denke an Umwelttechnologien, ich denke auch an die Kommunikationstechniken: Hier sind wir wirklich, auch in Spitzentechnologien, mit führend.

Zweitens sind wir führend in der Spitzengruppe, was die Grundlagenforschung anlangt – besser als Japan. Aber Japan ist uns voraus in der Umset-

zung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und in neue Produktionsverfahren. Da müssen wir vor allem aufholen.

Es fehlt also weniger an der Forschung – teilweise auch –, es fehlt an der schnellen Umsetzung. Wir haben viel längere Innovationszyklen als unsere Hauptwettbewerber. Wir müssen dem Technologietransfer eine größere Aufmerksamkeit schenken. Überhaupt liegt hier das weite Feld der Möglichkeiten von Landespolitik. Wir sind ein Land, das rohstoffarm ist. Hamburg und Baden-Württemberg haben überhaupt keine Rohstoffe. Unser einziger Rohstoff ist die Ressource Geist, sind die Menschen, ist die Qualität der Berufsausbildung. Die französische Premierministerin, Frau Cresson, sagte vor etwa zwei Jahren, sie glaube, dass der Vorsprung der deutschen Volkswirtschaft vor der französischen Wirtschaft in einer besseren Berufsausbildung unserer jungen Leute liege. Der amerikanische Präsident Clinton sagte im Wahlkampf, zwei Dinge wolle er von den Deutschen übernehmen: das duale Ausbildungssystem und die Krankenversicherung. Mit diesem Pfund können und müssen wir wuchern!

Wir halten in unserem Land fest an einem dreigliedrigen Schulsystem, weil wir glauben, dass jedes Kind die Schule finden muss, die seiner Begabung und Leistung entspricht. Schule muss gewiss Wissen vermitteln, aber Schule darf nicht nur Wissen vermitteln. Schule muss auch auf das Leben vorbereiten, auf das Berufsleben sowie auf die Übernahme von Verantwortung in einem demokratischen Gemeinwesen. Schule muss erziehen. Schule muss eine solide Grundbildung vermitteln. Eine fortgeschrittene Industriegesellschaft kommt nicht ohne Spezialisierung aus, aber bitte die Spezialisierung nicht bis in die Grundschule hineintreiben. Es ist verhältnismäßig einfach, später aus einem gebildeten Menschen einen Spezialisten zu machen, aber es ist viel schwieriger, aus einem Spezialisten einen gebildeten Menschen zu machen.

Wir dürfen auch nicht nur kritisieren, dass die Zahl der Studenten inzwischen größer ist als die Zahl der Lehrlinge – der Auszubildenden, wie sie heute genannt werden –, sondern wir müssen dann auch die Schulen stärken, die zur Ausbildung ins duale System führen: die Hauptschulen, die Realschulen. Wir müssen diese Schulen im Interesse des Handwerks, der mittelständischen Wirtschaft, aber vor allem im Interesse von Zukunftschancen junger Menschen stärken.

Forschungsförderung: Ich mache mir große Sorgen, dass die Mittel in der Forschungsförderung auf Bundesebene derzeit nicht nur eingefroren sind, sondern faktisch gekürzt werden. Ich glaube, dass wir damit in der Gegenwart einen Teil der Zukunftschancen unserer jungen Leute verbrauchen, dass wir zu wenig in Arbeitsplätze von morgen investieren. Vier Zahlen: Die Bundesrepublik Deutschland gibt 2,8 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Forschung aus. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika geben 2,9 Prozent für die Forschung aus. Japan gibt 3,2 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Forschung aus. Baden-Württemberg gibt 3,9 Prozent seines Bruttosozialprodukts für die Forschung aus. Wir setzen hier Schwerpunkte. Wir kürzen auch nicht in diesem Bereich, auch nicht in finanziell schwierigen Zeiten.

Technologietransfer: Es kommt darauf an, Forschungsergebnisse möglichst schnell in neue Produkte und Produktionsverfahren umzusetzen. Wir haben an den Fachhochschulen und Universitäten unseres Landes 150 Technologietransferzentren geschaffen, die diese Verbindung zur mittelständischen Wirtschaft des Landes herstellen sollen. Wir brauchen einer Firma Bosch, IBM oder Daimler-Benz nicht zu helfen. Diese Firmen haben Tausende von Mitarbeitern in der Forschung beschäftigt. Aber wir müssen den mittelständischen Betrieben im Bereich von Forschung und Entwicklung helfen, damit sie überleben können.

Nun komme ich zu den Rückständen, die wir haben. Ich habe gesagt, wo wir stark sind – und man muss differenzieren –, aber es gibt Bereiche, in denen wir große Rückstände haben.

Da ist der gesamte Bereich der Informationstechnik. Dort können wir in der Telekommunikation mithalten. Wir können nicht mehr mithalten in der Halbleiterfertigung. Bei intelligenten Chips hat Japan Vorsprünge von fünf bis sie-

ben Jahren, hat Weltmarktanteile von 50, partiell von 90 Prozent. Wenn Sie mit Fachleuten sprechen, dann sagen die Ihnen, dass Abhängigkeit nicht nur droht, sondern dass sie bereits gegeben ist. Viel zu lange haben wir dieses Problem übersehen und haben es im Wesentlichen mit zwei Gründen abgetan.

Der erste Grund war: Wir können doch nicht Japan kopieren, wir haben eine andere Mentalität, Japan hat ein „MITI“, das können wir doch hier nicht einführen, und überhaupt ist jede Form von Industriepolitik suspekt! Der zweite Grund war: Es kann nicht jedes Land auf allen Hochtechnologiefeldern an der Spitze marschieren; in der Raumfahrt sind die Vereinigten Staaten von Amerika vorn, wir sind in der Chemie vorn, und das verteilt sich eben!

Das ist ein großer Trugschluss; denn bei der Mikroelektronik handelt es sich nicht um eine Spitzentechnologie, die neben fünfzehn andere gesetzt werden kann, sondern es handelt sich um eine Querschnittstechnologie, um eine Schlüsseltechnologie, wie sie gerade in den bei uns vorherrschenden Branchen gebraucht wird. Sie können heute im Maschinenbau Spitzensein, aber wenn Sie die Steuerung nicht bieten können, sind Sie vom Markt. 12 Prozent des Wertes eines Autos sind heute Elektronik. Im Jahr 2000 werden es bereits 20 Prozent des Wertes eines Automobils sein.

Der zweite Bereich: das Feld der Biotechnologie. In der Forschung stehen wir an der Spitze. Wir haben in Baden-Württemberg an vier Universitäten Spitzenforschungsinstitute in der Molekularbiologie. Aber wir haben so gut wie keine Industrie auf diesem Feld, haben kein Unternehmen, das die Forschungsergebnisse überhaupt abnehmen kann. Ich war in der letzten Woche in Japan. Ich habe Firmen besichtigt, die im Bereich von neuen Werkstoffen tätig sind, zum Beispiel Industriekeramik. Ein mittelständischer Betrieb, den ich dort gesehen habe, hat 90 Prozent Weltmarktanteil auf seinem Gebiet. Wir haben ganze Hochtechnologiebereiche bei uns verschlafen! Deswegen glaube ich, dass wir Arbeitsplätze in diesen Bereichen schaffen müssen.

Wie wollen wir denn das Problem der Umstrukturierung lösen? Wir haben in den letzten vierzig Jahren einen ständigen Prozess der Umstrukturierung gehabt. Tausende, Hunderttausende, Millionen von Arbeitsplätzen sind weg rationalisiert worden. Aber es sind noch mehr neue Arbeitsplätze entstanden. Und zurzeit entstehen bei uns im Land zuwenig neue Arbeitsplätze in den klassischen Industrien und erst recht in neuen Hochtechnologiefeldern.

Wir haben keinen anderen Weg. Der Weg nach rückwärts, hin zu einem Billiglohnland, ist uns versperrt. Also gibt es nur den Weg nach vorn: Arbeitsplätze mit hoher Investition, mit hoher Wertschöpfung, die in unserem Land geschaffen werden müssen. Das heißt, wir müssen hinein in alle Bereiche der Hochtechnologie.

Ich sage: Wir sind stark in der Grundlagenforschung, schwach in der Umsetzung. Die Japaner sind stark in der Umsetzung, schwächer in der Grundlagenforschung. Sie machen aber jetzt die allergrößten Anstrengungen, auf dem Feld der Grundlagenforschung aufzuholen. Wir machen – vergleichbar – keineswegs ähnliche Anstrengungen, um dort aufzuholen, wo wir schwächer sind.

Die dritte Schwierigkeit, vor der wir stehen, ist ein Sonderproblem Deutschlands. Es röhrt nicht aus der Wiedervereinigung, sondern es röhrt aus vierzig Jahren sozialistischer Planwirtschaft in unserem Land, einer beispiellosen Misswirtschaft. Kurze Zeit vor der Wiedervereinigung – ich werfe es gar nicht vor, ich halte es nur fest – hat ein Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes hier in der Nachbarschaft gesagt, was wir denn eigentlich wollten, die DDR stehe unter den Industrienationen der Welt immerhin an der achten Stelle.

Wie die Dinge damals eingeschätzt worden sind, sieht man an folgendem Beispiel: Als es um den Fonds „Deutsche Einheit“ ging, wollten die Bundesländer mit 50 Prozent an diesem Fonds beteiligt werden. Der Bund hat aber keine Beteiligung der Bundesländer zugelassen. Die Länder wollten beteiligt werden, weil sie angenommen hatten, dass am Ende sehr viel aus diesem Topf herauskommt. Der Bund hat die Länder nicht beteiligt, weil er diesen Gewinn allein abschöpfen wollte. Inzwischen sind wir dort bei 400 Milliarden DM Schulden – und jetzt werden die Länder für die nächsten fünfzehn Jahre an

der Zurückzahlung beteiligt.

Jeder weiß inzwischen aus eigener Anschauung, dass es in den neuen Bundesländern schlechthin in allen Bereichen fehlt: bei den alten Häusern der Vorkriegszeit, bei denen fünfzig, sechzig, siebzig Jahre lang nichts gemacht worden ist, bei den neuen Wabebauten, die nicht saniert werden können. In Dresden lag einmal eine der ersten deutschen Wasser- und Abwasserleitungen, aber heute liegt unter den Straßendecken immer noch dieselbe Leitung. Städte, mit 500 000 Einwohnern, bei denen die gesamten Industrie- und häuslichen Abwässer in die Elbe gehen – und Sie haben am Unterlauf der Elbe die entsprechenden Probleme. Keine Schulen, keine Krankenhäuser, keine Universitäten. Rückstand in schlechterdings allen Bereichen!

Nun haben die alten Länder und der Bund den neuen Bundesländern für die ganzen nächsten Jahre 180 Prozent der Investitionskraft der westlichen Bundesländer zugestanden – nicht 100, sondern 180 Prozent! Die Tilgung der Altschulden in Höhe von 400 Milliarden DM, das Nachholen der Investitionen, der Ausgleich der Haushalte in den neuen Bundesländern und in den Gemeinden – nur 25 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens können durch eigene Einnahmen gedeckt werden – erfordern jetzt in der Summe 150 Milliarden DM, und das auf Jahre hinaus. Diese Summe wird aufgebracht vom Bund, von den westlichen Bundesländern und von den Gemeinden in den westlichen Bundesländern. Es trifft ein Bundesland wie Baden-Württemberg vom 1. Januar 1995 an – jetzt ist es noch etwas weniger, aber auch schon über drei Milliarden DM – mit 5,8 Milliarden DM. Um die Zahlen einmal gegenüberzustellen: 6,2 Milliarden DM beträgt unser gesamtes Investitionsvolumen im Landeshaushalt.

Damit ist klar, dass wir in unseren Städten, Gemeinden, Ländern der alten Bundesrepublik nicht mehr das Gleiche an Investitionen, an staatlichen Leistungen tun können, wie wenn diese Ausgaben nicht getätigt werden müssten. Das muß jedem unmittelbar einleuchten. Deswegen werbe ich im ganzen Land dafür, dass wir bereit sind, auf Jahre hinaus auf Zuwachs zu verzichten – denn es sind fünf Prozent unseres Bruttosozialprodukts, was wir allein im öffentlichen Bereich transferieren – und Opfer zu bringen.

Ich habe allerdings auch den Mut, nicht in Stuttgart und in Hamburg, sondern in Dresden und in Magdeburg zu sagen, dass wir von unseren Landsleuten in den neuen Bundesländern auch etwas mehr Geduld erwarten. Denn man kann nicht in vier Jahren nachholen, was in vierzig Jahren versäumt worden ist.

Es ist überhaupt sehr schwierig, eine Entwicklung von außen in ein Land hineinzutragen. Man kann nur Hilfe zur Selbsthilfe geben. Es muss sich Eigeninitiative entfalten, und nur dann kommt ein Land, kommt eine Gemeinde vorwärts.

Ich werbe in unserem Land dafür, weil ich glaube, dass es purer Zufall war man weiß das gerade auch in Hamburg und in Bremen –, in welche Besatzungszone man nach 1945 geraten ist. Das war keine Selbstbestimmung der Deutschen, sondern fremdbestimmt. Auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam ist entschieden worden, wer in die Französische, Britische, Amerikanische oder Sowjetische Besatzungszone geraten ist. Die Verhältnisse waren 1945 in Leipzig, in Halle oder in Magdeburg nicht anders als in Hamburg, in Mainz oder in Stuttgart. Aber dann haben sich die Situationen allein wegen dieser Zuordnungen total auseinanderentwickelt. Und ich meine, dass diejenigen, die ohne eigenes Verdienst auf die Sonnenseite der Nachkriegsentwicklung gekommen sind, die Pflicht haben, denen zu helfen, die ohne eigenes Verschulden auf die Schattenseite der Nachkriegsentwicklung geraten sind.

Das ist unsere nationale Aufgabe, und sie trifft uns außerordentlich stark in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise. Und, um das Maß voll zu machen: Ich glaube nicht, dass sich die Deutschen nur auf die neuen Bundesländer und deren Aufbau konzentrieren dürfen. Wenn ich heute in ein Entwicklungsland komme, dann ist die erste Frage bei jedem Gesprächspartner, welcher Regierung auch immer: Werdet ihr Deutschen jetzt die weltweiten Aufgaben vergessen und vernachlässigen und euch nur auf die neuen Bundesländer, auf

den Aufbau Ost, konzentrieren? Dieselbe Frage hört man in Osteuropa, in Südosteuropa, in Russland. Ich glaube, wir müssen über den Kirchturm unseres Landes hinausschauen. Es ist unmöglich, dass hier Völker zur Demokratie, zur Freiheit gefunden haben, jetzt aber in wirtschaftlichem Elend versinken. Dann müssen Wahlergebnisse herauskommen, wie wir sie in freien Wahlen jetzt in Polen – und auch schon andernorts – erlebt haben.

Ich glaube, dass dies nicht nur ein Gebot der Solidarität ist, sondern dass dies in unserem ureigensten Interesse liegt, dass dies, obwohl es viel Geld kostet, billiger ist, als wenn wir die Dinge treiben lassen. Der Zerfall von Weltreichen kam in der ganzen Geschichte Erdbeben, tektonischen Verschiebungen über Jahrzehnte hinweg gleich. Wir sind so nah, dass wir nicht unbeeinflusst sind von dem, was im Balkan geschieht, von dem, was in Russland passiert und von dem, was sich im gesamten ost- und südosteuropäischen Raum tut.

Ich möchte auch an die Aufgaben in der Dritten Welt erinnern. Es gab eine Generation, die ihre Eltern gefragt hat, was sie im Dritten Reich gemacht haben. Ich bin überzeugt, dass unsere Kinder und Enkelkinder uns auch fragen werden, und zwar danach, ob wir zu dem Zeitpunkt, zu dem vielleicht noch Hilfe zur Selbsthilfe in Entwicklungsländern, in der Armutsbekämpfung, geholfen hätte, das Notwendige getan haben oder ob wir die Dinge treiben ließen bis zu einem Punkt, zu dem es keine Hilfe mehr gegeben habe. Wir sind am Beginn einer gigantischen Völkerwanderung, und sie ist eine Armutswanderung. Nicht nach der Statistik eines karitativen Vereins, sondern nach der Statistik der Weltbank lebt eine Milliarde Menschen unter dem Existenzminimum, und die Weltbank definiert es mit 100 Dollar Jahreseinkommen. Unter 100 Dollar Jahreseinkommen – eine Milliarde Menschen! Da gibt es viele, die nicht mehr fatalistisch im Sand sitzen und ihr Schicksal hinnehmen. Das sind Menschen, die nichts zu verlieren haben. Sie machen sich auf den Weg, und wir erleben es in den prosperierenden Industrieländern des Westens.

Werden wir die Probleme schaffen? Weder ist Pessimismus noch ist billiger Optimismus angesagt. Es ist uns keineswegs in die Wiege gelegt, daß wir an der Spitze der Industrienationen der Welt auch in den nächsten vier Jahrzehnten marschieren. Das wird nicht ohne Leistung gehen. Das wird nicht einfach durch Aussitzen des Erbes zu erreichen sein, sondern nur dann, wenn auch die nächste Generation die gleichen Tugenden praktiziert wie die Generation ihrer Eltern, die die erste Nachkriegsgeneration gewesen ist.

Ich möchte die zwei Verhaltensmuster an zwei Zitaten aufzeigen. Das erste habe ich in einem Buch von Siegfried Lenz gefunden. Er schreibt: „Ein Grabstein über unsere Zeit müsste die Inschrift tragen: Jeder wollte das Beste – für sich.“

Wenn dies die Beschreibung der neunziger Jahre wäre über unser Land, dann werden wir mit Sicherheit nicht aus der gegenwärtigen Krise herausfinden. Wenn wir uns aber nach der Maxime richten, die John F. Kennedy in seiner Inaugurationsrede gesagt hat: „Fragt nicht zuerst danach, was euer Land für euch tun kann, sondern fragt zuerst danach, was ihr für euer Land tun könnt!“, und wenn jeder – das ist selbstverständlich – zwar seine eigenen Interessen wahrnimmt, aber gleichzeitig sieht, dass es auch noch Gemeinwohlinteressen gibt, wenn jeder nicht nur an sich, sondern auch an den Mitmenschen, den Nächsten, denkt – im eigenen Land, in der Nachbarschaft und darüber hinaus –, dann, glaube ich, werden wir mit einer solchen Einstellung auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten meistern. Sie sind groß, aber sie sind bei weitem nicht so groß wie die Schwierigkeiten, die die Generation unserer Eltern 1946, 1948, 1950 hier vorgefunden hat. Wir haben ganz andere Ressourcen. Aber es geht nicht ohne eine Veränderung, ohne eine Verhaltensänderung, ohne eine neue Motivation. Deshalb beginnt der Aufschwung in den Köpfen der Menschen.

Dort muss er nämlich beginnen. Dann werden wir auch den Weg aus der Krise finden.

Ich danke Ihnen für Ihre große Aufmerksamkeit.

